

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

22. Sitzung am 04.09.2018
in Brüssel
– **Öffentliche Sitzung** –

Protokoll (zugleich Beschlussprotokoll)

Beginn der Sitzung: 17:42 Uhr

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch Herrn Dr. Ronald Rödl,
Leiter des Büros der Steiermark
2. Vorstellung des Europaplans 2018 der Landesregierung
dazu: Schreiben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund
und für Europa, für Medien und Digitales vom 28. August 2018
Behandlung gemäß § 76 Abs. 4 GOLT
[– Vorlage 17/3662 –](#)
3. Abschlussbericht der Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismä-
ßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“
dazu: Schreiben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund
und für Europa, für Medien und Digitales vom 28. August 2018
Behandlung gemäß § 76 Abs. 4 GOLT
[– Vorlage 17/3658 –](#)
4. Verschiedenes

Ergebnis:

(S. 2 – 3)

(S. 4 – 7)

(S. 8)

(S. 9)

Stellv. Vors. Abg. Heike Scharfenberger eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Staatssekretärin Raab und Dr. Ronald Rödl, Leiter des Büros der Steiermark, in dessen Räumlichkeiten die Sitzung erfreulicherweise stattfindet.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Begrüßung durch Herrn Dr. Ronald Rödl,
Leiter des Büros der Steiermark

Dr. Ronald Rödl legt einleitend dar, es sei schon fast eine schöne Tradition, dass die Sitzung im Büro der Steiermark stattfindet. Das Büro der Steiermark sei eine von acht österreichischen Ländervertretungen in Brüssel. Es gebe mehr als 270 Regionalvertretungen in Brüssel.

Die Steiermark sei das zweitgrößte Flächenbundesland Österreichs mit ungefähr 1,3 Millionen Einwohnern. Die Steiermark sei in Österreich F&E-Sieger mit einer Forschungs- und Entwicklungsquote von 5,14 %. Sie sei wie Rheinland-Pfalz sehr stark in der Industrie, was wenige wüssten. Es bestünden auch Gemeinsamkeiten beim Wein: Rheinland-Pfalz sei die Nummer 1 in Deutschland, und die Steiermark habe ein kleines, aber feines Weingebiet. Die südsteierische Weinstraße an der Grenze zu Slowenien sei eine der schönsten Weinstraßen in Europa.

Das Thema Forschung und Entwicklung beschäftige das Büro der Steiermark in Brüssel sehr intensiv. Die österreichische Europaministerin sei seit wenigen Wochen die Vorsitzende der Automotive Inter-group in Brüssel, einem freiwilligen Zusammenschluss von Regionen, die im Automotive-Bereich sehr stark seien. Die Steiermark sei in Österreich die Nummer 1 im Automotive-Bereich. In Graz werde der neue Jaguar I-PACE, ein angeblicher Tesla-Killer und ein vollständiges Elektrofahrzeug, für Europa produziert. Neben Dingolfing in Bayern sei Graz der zweite Standort, an dem der BMW 5er produziert werde. Außerdem würden der MINI Countryman und vieles andere dort produziert. 50.000 Arbeitsplätze hätten direkt mit der Automobilbranche zu tun.

Dadurch dass die Steiermark die zweitmeisten Universitäten nach Wien sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und eng mit der Industrie zusammenarbeitende Fachhochschulen habe, gelinge es immer, hinsichtlich der Europaspitze bei den Forschungsregionen aufzuschließen. Die Steiermark gehöre zu den Top-Performern in Europa. Baden-Württemberg liege momentan knapp hinter der Steiermark.

Eine künftige Regionalpolitik könne nicht mehr die Politik sein, die die Schwächsten fördere, sondern die Starken müssten auch gestärkt werden. Die starken Regionen seien der Motor des europäischen Fortschritts und der Schrittmacher für einen Erfolg im Hinblick auf die Zukunft Europas. Österreich habe im Moment die Ratspräsidentschaft inne. In wenigen Tagen werde der Chefverhandler für die Regionalpolitik, ein Kollege aus der Steiermark, in diesen Räumen sein. Dies sei auch im Interesse von Rheinland-Pfalz, und der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) werde ein wesentliches Thema in den nächsten Monaten sein.

Ein weiteres Thema sei der Brexit. Großbritannien sei der drittgrößte Handelspartner für die Steiermark. Deshalb hätte ein Hard Brexit unter Umständen negative Auswirkungen. Der optimistische Plan der Ratspräsidentschaft sei, dass der Brexit auf dem Gipfel am 18./19. Oktober 2018 beschlossen werde. Wenn man realistisch bleibe, könne gehofft werden, dass es vielleicht noch im November oder Dezember 2018 zustande komme. Das hänge auch vom britischen Verhalten ab, das sich, wie auch den Medien zu entnehmen sei, täglich ändere.

Der Europaausschuss des Landtags der Steiermark habe eine Reise im November geplant, bei der die Auswirkungen des Brexits das Thema sein würden. Einen Tag werde darüber in Brüssel mit wesentlichen Verantwortlichen gesprochen. Darauf folgend werde die Reise in London mit der britischen Sicht fortgesetzt. Die Absicht sei, im Ausschuss und der Regierung berichten zu können, was in den nächsten Monaten zu erwarten sei. Es bestünden konkrete wirtschaftliche Interessen, und es müsse sehr genau beobachtet werden, welche Auswirkungen es auf den Wirtschaftsstandort Steiermark habe.

22. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 04.09.2018
– Öffentliche Sitzung –

Der rheinland-pfälzische Europaausschuss könne gern im folgenden Jahr wieder im Büro der Steiermark tagen. Es werde auch eng mit den Kolleginnen und Kollegen der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz zusammengearbeitet.

Staatssekretärin Heike Raab bedankt sich bei Dr. Ronald Rödl für die Gastfreundschaft und bietet ihm die Sitzungsräume der Landesvertretung von Rheinland-Pfalz für Sitzungen des Europaausschusses der Steiermark an.

Es werde gemeinsam für die Kohäsionspolitik, auch in der Kohäsionsallianz, gestritten. Hinsichtlich der Automobilbranche sei Rheinland-Pfalz nur ein kleinerer Standort mit der Opel-Produktion. Man sei aber durch die Fusion betroffen gewesen. In Rheinland-Pfalz sei die Chemiebranche mit der BASF und Pharmakonzernen wie Boehringer Ingelheim ein ganz starker Partner.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorstellung des Europaplans 2018 der Landesregierung

dazu: Schreiben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales vom 28. August 2018

Behandlung gemäß § 76 Abs. 4 GOLT

[– Vorlage 17/3662 –](#)

Staatssekretärin Heike Raab berichtet, der Europaplan sei lange mit den Ressorts erarbeitet worden. Die Europareferenten in den Ministerien seien in die Verantwortung genommen worden, was ein sehr lohnendes Ziel sei. Die von Dr. Ronald Rödl genannten Themen habe auch die Landesregierung momentan auf der Agenda: Brexit, MFR und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

(Den Anwesenden liegt ein Flyer „EuropaPlan 2018 Rheinland-Pfalz“ vor.)

Der Europaplan liege in einer Kurzversion als Flyer vor und werde auch im Internet begleitet. Ein Schwerpunkt sei „Rheinland-Pfalz im Herzen Europas“, mit dem sich schon auf die Übernahme des Vorsitzes der Europaministerkonferenz im kommenden Jahr vorbereitet werde. Weitere Schwerpunkte seien das deutsch-französische Tandem, Europa zu gestalten und der Europabildung einen breiten Raum einzuräumen sowie nachbarschaftlich zusammenzuarbeiten.

In der Sitzung des Ministerrats an diesem Tag sei die nachbarschaftliche Zusammenarbeit ein großes Thema gewesen. Es sei verabschiedet worden, dass Rheinland-Pfalz in der Sitzung des Europaausschusses des Bundesrats am 7. September 2018 einen Antrag zum Thema European Cross-Border Mechanism einbringen werde. Es gehe um einen Verordnungsentwurf zur Beseitigung von Hemmnissen im grenzüberschreitenden Verkehr. Ein Land sollte immer die Federführung übernehmen, wenn es darum gehe, Hemmnisse auf dem Verhandlungsweg abzubauen und aus dem Weg zu räumen.

Hinsichtlich des Antrags sei vonseiten des Saarlands schon Unterstützung signalisiert worden. Bei Baden-Württemberg sei es noch offen. Nordrhein-Westfalen werde nicht beitreten, aber Rheinland-Pfalz unterstützen. Bayern habe sich kritischer zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geäußert. In Rheinland-Pfalz werde der Alltag aber grenzüberschreitend gelebt: hinsichtlich Mobilität, Bildung, Arbeitsmarktpolitik und vielen anderen Fragen. Erfreulich sei, dass die Länder im Südwesten den Antrag im Gleichklang einbringen wollten.

Die Tagesordnung der Ministerratssitzung an diesem Tag habe sich auch am Europaplan orientiert. Es seien folgende Personen zu Gast gewesen: Sabine Weyand, Stellvertreterin des Chefunterhändlers Michel Barnier, Phil Hogan, irischer EU-Kommissar für Landwirtschaft, EU-Kommissar Oettinger, Frau Bischoff, Berichterstatterin für den Europäischen Sozialfonds für die Arbeitnehmerseite, Constanze Krehl, die die Verordnung für die ländlichen Räume im EU-Parlament verhandele, und eine Person vom europäischen Thinktank, die die Idee, warum der MFR neu aufgesetzt werde, noch einmal mit statistischen Zahlen zur legalen und illegalen Einwanderung erläutert habe.

Wie bereits mehrfach im Ausschuss berichtet, hätten Herr Oettinger und die EU-Kommission das Wunschziel gehabt, dass der MFR noch vor der Europawahl verabschiedet werde. Alle Gäste hätten an diesem Tag hinsichtlich des MFR die Sorge geäußert, dass dies nicht gelingen werde. Wenn der MFR nicht verabschiedet werde, werde der neue Haushalt auf der Basis des bestehenden Haushalts fortgeführt, was keine neuen Verschiebungen bedeuten würde.

Wenn es keine Verschiebungen gebe und Großbritannien aus der EU austrete, würde es im Hinblick auf das Jahr 2019 eine schwierige Situation für alle werden. Eingedenk der Situation, dass die neue EU-Kommission frühestens im Herbst 2019 vom Europäischen Parlament gewählt und ins Amt gehoben werde, werde dann der Abschluss des MFR in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2020 fallen. Es wäre eine Verzögerung von mindestens einem Jahr, wenn es im Jahr 2019 nicht vor der Europawahl gelte.

Herr Oettinger habe darauf aufmerksam gemacht, dass dies kein besonders glücklicher Zusammenfall wäre; denn von den EU-Kommissaren seien nur noch vier von ihren jeweiligen Regierungen entsandt,

wozu er gehöre. In allen anderen Ländern habe sich die nationale Regierung in ihrer politischen Zusammensetzung bis dahin verändert. Ein Beispiel sei Federica Mogherini, die geschätzt werde, aber in Italien gebe es eine neue Regierungsbildung. In Spanien gebe es eine neue Regierungsbildung, und in Schweden werde am folgenden Sonntag gewählt. Dort sehe es so aus, dass die Schwedenpartei die demokratische Mehrheit im Parlament erreichen könnte. Die Schwedenpartei sei eine eher national orientierte Partei, die nicht mit anderen verglichen werden könne, aber es werde zu vielen neuen Besetzungen führen. Auch der Chefunterhändler Michel Barnier sei nicht von der Macron-Regierung entsandt worden.

Das bedeute, es werde möglicherweise eine neue EU-Kommission mit sehr vielen veränderten Voraussetzungen zu erleben sein. Deswegen seien sowohl Parlament als auch Rat, soweit Einigkeit bestehe, aber auch die Kommission bemüht, noch so viel als möglich zu schaffen. Das sei an diesem Tag von allen Gästen zu hören gewesen.

Beim Brexit sei Sabine Weyand in dem Gespräch an diesem Tag sehr ins Detail gegangen. Im Moment sei es noch sehr offen, ob es gelingen werde, dass Theresa May mit der Kommission einen wie auch immer gearteten Beschluss hinbekomme, der dann die Zustimmung im House of Commons und im House of Lords finde. Es könne auch sein, dass auf europäischer Ebene ein Deal hinbekommen werde, dem dann die parlamentarische Zustimmung versagt bleibe. Das wäre der sogenannte Cliff Edge; der sogenannte No Deal würde für alle am teuersten. Dazwischen gebe es aber immer noch alles mögliche an Linie.

Laut Sabine Weyand werde von ihrer Seite, von Michel Barnier und von der EU-Kommission versucht, wenigstens ein politisches Papier für Anfang November hinzubekommen. Der Korridor sei sehr eng, und vonseiten der Landesregierung werde vom 6. bis 8. November ausgegangen. Die EU-Kommission könne sich vorstellen, noch bis Ende November weiter zu verhandeln. Aufgrund der parlamentarischen Sitzungstermine in Großbritannien müsse es aber in der ersten Novemberhälfte passieren.

Es könne auch sein, dass Theresa May dem politisch nicht standhalte. Es wolle kein Schreckensszenario entworfen werden, sondern der Eindruck vermittelt werden, dass momentan auf allen Ebenen über alle möglichen Facetten nachgedacht werde. In der vergangenen Woche sei Dr. Martina Beckmann, die in der Landesvertretung in Berlin tätig sei, in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe gewesen. Der britische Generalkonsul Courage sei letzte Woche in der Staatskanzlei gewesen und habe im Gespräch darum gebeten, sich darauf einzustellen, dass es einen No Deal geben könne. In den Europaausschuss des Bundesrats werde auch der britische Botschafter kommen.

Parallel werde vonseiten der Bundesregierung und der Bundesländer ein Normenscreening durchgeführt. Die Bitte sei aus der Verhandlergruppe heraus gekommen. Es werde momentan gecheckt, an welchen Stellen in Rheinland-Pfalz es Bedarfe gäbe. Es könne aber im Moment nur cursorisch geprüft werden, weil das Deal-Abkommen noch nicht bekannt sei.

Das Thema Bürgerrechte sei der Verhandlergruppe sehr bewusst. Zum Beispiel gebe es für die Briten in Deutschland die Möglichkeit, dass die Drittstaatenabkommen auf sie angewandt würden. Das bedeute, wer schon fünf Jahre in Deutschland lebe, dürfe auch weiterhin hier leben. Was aber mit Deutschen wäre, die in Großbritannien lebten, könne im Moment noch nicht gesagt werden. Es bestehe aber unerschwerlich noch die Möglichkeit, viele Aspekte noch zu regeln.

Beispielsweise werde Rheinland-Pfalz das Thema Start- und Landrechte von Ryanair-Maschinen auf dem Flughafen Hahn betreffen. Dazu bedürfe es einer unglaublichen Bandbreite an Regelungen. Eine Frage sei, ob Start- und Landrechte weiterhin bestünden oder etwa dafür gezahlt werden müsse.

Im Moment werde alles zusammengetragen, um für den Fall X vorbereitet zu sein. Das große Thema der Preparedness sei auch vonseiten Bundesregierung zum Beispiel in die Bund-Länder-Arbeitsgruppe hineingetragen worden. Leider könnten nur Detailfragen beantwortet werden, weil vieles von der innenpolitischen Situation in Großbritannien abhängig sei.

In der Ministerratssitzung an diesem Tag sei sich außerdem intensiv mit dem ESF, der Europäischen Säule sozialer Rechte und außerdem mit der Interreg-Zusammenarbeit mit EFRE und ELER, vor allem mit dem Kommissar für Landwirtschaft, beschäftigt worden.

Abg. Ellen Demuth merkt an, es gebe innerhalb der Europäischen Union sehr viele innenpolitische Probleme zu lösen. In Bezug auf die USA sei die Europäische Union oft Feuerlöscher, der hinterher laufe und ein bisschen alles austrete, was dort hinsichtlich des Iran, Israel oder vielen anderen Standorten wieder angezündet worden sei.

An diesem Tag sei berichtet worden, dass von chinesischer Seite sogar ein Afrika-Gipfel veranstaltet werde, nachdem sich China schon seit Jahren vermehrt in Osteuropa engagiere und auch in Afrika investiere. Vertreter afrikanischer Länder seien nach China eingeladen, um neue Bündnisse zu schließen und Investitionen zu tätigen. Dies werde für ein wesentliches außenpolitisches Spielfeld gehalten, um das sich neben den ganzen Konflikten Gedanken gemacht werden müsse.

Die Frage sei, ob sich Gedanken darüber in Brüssel gemacht würden; denn China sei ein Land, in dem Zehnjahrespläne oder Zwanzigjahrespläne sehr stringent abgearbeitet würden, was auch nicht durch Mehrheitsänderungen unterbrochen werde. Dies werde mit Sorge gesehen, und die Europäische Union müsse alles außenpolitisch in diese Richtung ausrichten, um Kontinente wie Afrika nicht vollends an solche Partner wie China zu verlieren.

Staatssekretärin Heike Raab erwidert, dies sei in der Ministerratssitzung an diesem Tag, insbesondere in dem Gespräch mit EU-Kommissar Oettinger, Thema gewesen. Die Landesregierung habe von dem positiven Beispiel Ruanda berichtet. Es gebe aber auch das Beispiel, dass die Textilindustrie vonseiten Chinas mit ruandischen Arbeitskräften betrieben werde.

Wie Abgeordnete Ellen Demuth habe EU-Kommissar Oettinger sinngemäß eine tiefgreifende Analyse vorgenommen und deutlich gemacht, chinesische Politik und insbesondere Außenpolitik funktionierten nach Plan. Dieser Plan sei dabei, sich auf dem afrikanischen Markt zu etablieren, und Europa setze dem im Moment zu wenig entgegen.

Herr Oettinger habe außerdem ausdrücklich angemahnt, dass hier Deutschland eine wesentlich stärkere Rolle wahrnehmen müsse. Europa sei im Auftritt bezüglich Afrika noch wegen ehemaliger Kolonialinteressen sehr fragmentiert. Nur wenn es als Gemeinschaftsaufgabe und gemeinschaftliche Herausforderung angenommen werde, könne China, Russland und auch den USA etwas entgegengesetzt werden. Nach dem „Aufbruch für Europa“, der auch vom damaligen Präsidenten mit propagiert worden sei, sei in Deutschland auf die Rede von Macron nichts erfolgt.

Abg. Heike Scharfenberger bekräftigt, am Europaplan sei einmalig, dass er quer über alle Ressorts aufgestellt worden sei. Deshalb sollte mit diesem Pfund in Rheinland-Pfalz gewuchert werden.

Es stelle sich die Frage, wie mit dem Europaplan weiter umgegangen werde und wo er den Bürgern begegne. In der nächsten Zeit sei es gerade wegen Wahlen wichtig, dass den Bürgern klargemacht werde, was Europa bedeute. Es sei wichtig zu überlegen, wie es so heruntergebrochen werden könne, dass Bürger überzeugt würden, wie wichtig Europa sei und wählen gingen und vor allem nicht diejenigen wählten, die Europa abschaffen wollten.

Staatssekretärin Heike Raab erklärt, es sei bewusst ein Flyer mit einer Kurzversion erstellt worden. Die im Europaplan definierten Themen und Ziele sollten gemeinsam mit den Ressorts abgearbeitet werden, um mit einer guten abgestimmten Meinung in den Ministerrat zu kommen, damit es auch schneller laufe. In der interministeriellen Arbeitsgruppe der EU-Referentinnen und EU-Referenten aus allen Ministerien werde sich einmal pro Quartal unter der Leitung von Dr. Deniz Alkan getroffen. Das erste konkrete Ziel, das erarbeitet werde, sei Normenscreening, Rechtsbereinigung und Brexit-Folgen.

Hinsichtlich der Frage, wie es in die Öffentlichkeit getragen werde, fänden vonseiten der Europe Direct Information Centres (EDIC) Europadialoge statt. Europadialoge habe es bereits in Waldmohr und in Otterberg gegeben, und weitere – wie in Ludwigshafen – würden folgen. Es werde versucht, die Informationsarbeit niederschwellig nach außen zu tragen.

Europadialoge würden momentan überwiegend vom EDIC in Kaiserslautern organisiert, und sie würden Bürgerinnen und Bürger wirklich erreichen. In Waldmohr seien bestimmt 120 bis 150 Menschen und beispielsweise ein Kegelclub und der Lions Club gewesen, die im World-Café-Format über europäische

22. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 04.09.2018
– Öffentliche Sitzung –

Aspekte gesprochen hätten, die die Menschen interessierten, beispielsweise über ein Regulierung von Pommefetttemperaturen und über Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Es müsse darüber hinaus angestoßen werden, dass Europadialoge auch in Koblenz gemacht würden. Sie seien eine gute Art und Weise, die Europawahl und Europabewusstsein unter die Menschen zu tragen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Abschlussbericht der Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und „Weniger, aber effizienteres Handeln“

dazu: Schreiben der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales vom 28. August 2018

Behandlung gemäß § 76 Abs. 4 GOLT

[– Vorlage 17/3658 –](#)

Staatssekretärin Heike Raab berichtet, es sei ein großes Thema, das auch den Ausschuss der Regionen betreffe. Im Ausschuss der Regionen übernehme ihre Stellvertretung Abgeordnete Heike Scharfenberger, und Abgeordneter Heijo Höfer vertrete dort den Gemeinde- und Städtebund. Der Abschlussbericht beinhalte kluge Erkenntnisse; es werde aber versucht, ihn knapp zusammenzufassen.

Herr Juncker habe die Taskforce für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit eingesetzt. Das Motto sei „weniger, aber effizienteres Handeln“ gewesen, was sich alle wünschten. Das Gute daran sei gewesen, dass diese Taskforce in einem kurzen Zeitraum versucht habe, Punkte zu erarbeiten. In der Taskforce seien drei Vertreter des Ausschusses der Regionen gewesen: neben dem Präsidenten Karl-Heinz Lambertz, der an diesem Tag noch zu Gast in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung sein werde, Michael Schneider, ihr Kollege aus Sachsen-Anhalt und seit 17 Jahren Mitglied im Ausschuss der Regionen, sowie François Decoster. Andere Parlamentsvertreter seien Toomas Vitsut, Reinhold Lopatka und Kristian Vigenin gewesen. Frans Timmermans habe die Taskforce geleitet.

41 nationale Parlamente, 74 regionale gesetzgebende Körperschaften, 280 Regionen und 80.000 Kommunen setzten europäisches Recht um. Es sei darum gegangen, Reflexionen über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auszuloten sowie um die Fragen, wie diese Grundsätze innerhalb der EU-Organe besser angewandt werden könnten, wie die lokalen und regionalen Behörden sowie die nationalen Parlamente besser in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik einbezogen werden könnten und auf welche Politikbereiche vielleicht Befugnisse rückübertragen werden könnten.

Es sei auch explizit darum gegangen, Gemeinschaftsaufgaben wie gemeinsame Außenpolitik, gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame Politik zum Thema Migration und Einwanderung zu stärken. Das könne keine Region für sich allein lösen, aber es gebe viele andere Aspekte, die Regionen viel besser lösen könnten.

Die Taskforce habe neue Prinzipien zur Arbeitsweise erarbeitet: Die Effizienz solle gesteigert werden und Schwachstellen sollten herausgearbeitet werden. Dies erwarte man schon, aber dieser Prozess des Besinnens auf das Subsidiaritätsprinzip – so sei auch Kollege Schneider oft verstanden worden – sei schon ein Wert an sich gewesen. Es sei eine Art Weißbuchprozess, und danach solle die europäische Gesetzgebung überprüft werden. Ein neues zukünftiges Kommissionskollegium solle aufgefordert werden, alte bürokratische und wenig praktische europäische Gesetzgebung zu überarbeiten statt sich mit neuer Gesetzgebung zu beschäftigen.

Dieser Geist scheine ein bisschen aufgenommen worden zu sein. Constanze Krehl und Herr Oettinger hätten an diesem Tag noch einmal deutlich gemacht, es wäre schade, wenn der MFR nicht in Kraft treten würde, weil er eine bürokratische Erleichterung bei der Antragstellung mit sich bringe. Es sei also schon angefangen worden, an den Stellen zu arbeiten. Es könne aber im Moment nicht beurteilt werden, und es müsse dem Gesagten – alles werde einfacher und nutzerfreundlicher – Glauben geschenkt werden. Alle sendeten das Signal aus, es verstanden zu haben und es verbessern zu wollen.

Nach dem Einwand von **Abg. Christine Schneider**, dass dies für die nationale Gesetzgebung auch gelten müsse, fährt **Staatssekretärin Heike Raab** fort, laut Constanze Krehl müsse es in den Ländern auch einfacher gemacht werden, wenn es die EU nun einfach mache.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Astrid Schmitt berichtet über den Sachstand der Informationsreise nach Österreich und Ungarn in der folgenden Woche.

Staatssekretärin Heike Raab informiert über den Ablauf des Rheinland-Pfalz-Abends an diesem Tag.

Stellv. Vors. Abg. Heike Scharfenberger freut sich auf ein schönes Fest in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung und schließt die Sitzung.

gez. Dr. Rack
Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Geis, Manfred	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Winter, Fredi	SPD
Barth, Thomas	CDU
Demuth, Ellen	CDU
Schneider, Christine	CDU
Seekatz, Ralf	CDU
Roth, Thomas	FDP
Binz, Katharina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
-------------	--

Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Ministerialrat
Rack, Dr. Katrin	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)